
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 1 (1973)

DOI: 10.11588/fr.1973.0.46217

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

und sogar von dem Monarchisten Graf d'Haussonville gebilligt, aber Begeisterung kam nirgendwo auf. Man glaubte lediglich an eine vorübergehende Beilegung des Konflikts und suchte in verstärkter Rüstung (9. Kap.) einen Ausweg. Damit wollte man auch einen Ausgleich für die ansteigenden militärischen Anstrengungen Deutschlands schaffen, wie sie in den Wehrvorlagen von 1912 und 1913 zum Ausdruck gekommen waren.

Gilbert Ziebura hat sein Ziel, »die Revanche-Idee aus dem komplexen Zusammenhang des französischen Deutschlandbildes und seiner innenpolitischen Motive zu verstehen und gegenüber vielfältigen andersartigen Äußerungen abzusetzen« (S. 157), in aner kennenswerter Weise erreicht. Man möchte sich eine Darstellung wünschen, die das Frankreichbild der öffentlichen Meinung Deutschlands für jene Jahre vor dem Ersten Weltkrieg in ähnlicher Abgewogenheit aufzeigt. Die Verstrickung von gutem Willen und Mißverstehen, von Verständigungsbereitschaft und Mißtrauen, von Nationalstolz, Furcht und Haß bei den breiten Massen in Frankreich und Deutschland ließe sich erkennen, eine Verstrickung, die das Verhältnis beider Länder zueinander allzu lange bestimmt hat.

Franz MENGES, München

Georges CASTELLAN: *L'Allemagne de Weimar 1918–1933*, Paris (Armand Colin) 1969, 8^o, 443 S. (Collection U, Série »Histoire contemporaine«)

Seit mehr als anderthalb Jahrzehnten ist – neben dem Nationalsozialismus – die Weimarer Republik ein bevorzugter Gegenstand der zeitgeschichtlichen Forschung in der Bundesrepublik. Die zahlreichen seit den 50er Jahren erschienenen Arbeiten wurden alle mehr oder minder explizit von der Frage vorangetrieben, warum der deutsche Versuch, in Anlehnung an die westlichen Demokratien¹ gleichfalls eine parlamentarisch-demokratische Verfassungsordnung zu schaffen, so rasch scheiterte, mit anderen Worten: welche inneren und äußeren Bedingungen in ihrem Zusammenwirken zum Untergang der ersten deutschen Republik und zur Machtergreifung Hitlers führten². Die französische Geschichtsschreibung hat sich verständlicherweise nicht in gleichem Umfang mit dem Deutschland von Weimar auseinandergesetzt und – von einigen Spezialstudien zu Ein-

¹ Vgl. E. FRAENKEL, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, 4. unveränd. Aufl. Stuttgart 1968, S. 8 ff. und passim.

² Vgl. K. D. ERDMANN, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in: *Viertelj. für Zeitgesch.* 3 (1955), S. 18 f.

zelheiten dieses eigentümlichen Regierungssystems abgesehen³ – vorwiegend Überblicksdarstellungen vorgelegt. Über sie geht das Buch von Georges Castellan, der bereits früher durch zeitgeschichtliche Forschungen über Deutschland hervorgetreten ist⁴, weit hinaus. Castellans »L'Allemagne de Weimar« will nicht nur eine »étude systématique des forces profondes« der Weimarer Republik sein, sondern zugleich ein Hand- und Lehrbuch für die französischen Studenten der Geschichtswissenschaft und der Germanistik⁵. Diese selbstgestellte Aufgabe ist wegen der durch sie bedingten Kompromisse nicht einfach; Castellan hat sie jedoch mit Geschick gelöst. Trotz der Dichte der Darstellung und der Fülle des vermittelten Stoffes ist das Buch gut lesbar, sein Aufbau klar und einprägsam.

Der Vorbemerkung und der Einleitung folgen acht große, nahezu gleichgewichtige Kapitel. Jedes dieser Kapitel wiederum besteht aus mehreren Teilen, die sich formal, inhaltlich und stilistisch von einander abheben. Ihr Kern ist jeweils eine straffe Darstellung des Sachverhalts und der mit ihm verbundenen Probleme. So mündet die Darstellung der November-Revolution in die zentrale Frage, um welche Art von Revolution es sich gehandelt habe. Ergänzt und vervollständigt wird dieser Bericht jeweils durch eine chronologische Übersicht und durch biographische Angaben zu den Personen, die wegen ihres Einflusses auf die Meinungs- und Willensbildung bzw. wegen ihrer Teilhabe an den Entscheidungen als repräsentativ für ihre Epoche gelten dürfen. Das Kapitel über die Wirtschaft bringt entsprechende Angaben über die bedeutendsten Konzerne. Darüber hinaus enthält jedes Kapitel zeitgenössische Urteile und Stellungnahmen zum behandelten Problemkreis aus Reden, Briefen, Zeitungen und amtlichen Dokumenten. Instruktiv und zugleich reizvoll ist für den Leser vor allem die Gegenüberstellung von politisch unterschiedlichen Sichtweisen zu demselben Problem, so beispielsweise zur November-Revolution, wie sie im Spiegel von Hitlers »Mein Kampf«, Karl Radeks Tagebuch und des Zen-

³ Vgl. beispielsweise Y. LE DANTEC, *L'initiative populaire, le référendum et le plébiscite dans le Reich et les Pays allemands*, Paris (Edouard Duchemin) 1932, 420 S. und C. C. ANGELESCO, *La consultation directe du peuple, en dehors de l'élection, d'après la constitution de Weimar*, Paris (Librairie des Facultés, Emile Muller) 1933, 656 S.

⁴ Vgl. G. CASTELLAN, *Le réarmement clandestin du Reich 1930–1935 vu par le Deuxième Bureau de l'Etat-Major français*, Paris (Plon) 1954, 570 S.; ders., *Reichswehr et Armée Rouge*, in: *Les Relations germano-soviétiques de 1933 à 1939*, Paris, Cahiers de la Fondation des sciences politiques, 1954, Nr. 58, S. 137–260; ders., »La révolution de novembre« (Novemberrevolution), in: *L'Europe en novembre 1918*, Colloque de Reims. *Revue d'histoire moderne et contemporaine*, 1969, S. 40–51; ders., *La République démocratique allemande*, Paris XXXX (Reihe »Que sais-je« Nr. 984), sowie zahlreiche »Bulletins historiques« in der *Revue historique*.

⁵ Hier sei daran erinnert, daß das Germanistikstudium in Frankreich eine vertiefte Kenntnis der politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands einschließt.

trumsorgans »Kölnische Volkszeitung« erscheint (S. 38 ff., 135 f.). Wobei der Geltungsanspruch solcher Aussagen natürlich auch vom Zeitpunkt ihrer Formulierung, vom Zweck und von dem durch sie ausgelösten Echo abhängt. Jedes einzelne Kapitel schließt mit einer Zusammenfassung und wird durch eine Bibliographie vervollständigt, die unter dem Stichwort »Lectures complémentaires« auf Quellen und Sekundärliteratur zum behandelten Thema verweist und zugleich viele der angegebenen Titel kurz kritisch charakterisiert. Darüber hinaus veranschaulichen und vertiefen zahlreiche Karten (S. 113 ff., 129 ff., 230 f.) und ebenso instruktive statistische Übersichten (S. 144 ff., 182 ff., 229, 232 f.) die Darstellung. Ein Verzeichnis der Abkürzungen, ein Personenregister und je eine Übersicht über die Karten, Tabellen, biographischen Angaben und zeitgenössischen Quellenzitate beschließen den Band.⁶

Castellan leitet sein Handbuch mit einem Blick auf die bisherige Geschichtsschreibung zur Weimarer Republik und mit einer grundlegenden Bibliographie ein. Gerade weil in dieser einleitenden Bibliographie ebenso wie in den ergänzenden Literaturangaben am Ende der einzelnen Kapitel auch die entsprechenden Arbeiten aus der DDR vermerkt sind, vermißt man die 1966 in acht Bänden erschienene »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«⁷, von der die Bände III und IV den Zeitraum von 1917 bis 1933 behandeln. Ebenso sollten die studentischen Leser Kenntnis von Sigmund Neumanns⁸ klassischer Analyse des Weimarer Parteiensystems haben, die, wenn auch einzelne Aussagen von der Forschung inzwischen differenziert worden sind, doch ihren grundlegenden Charakter bewahrt hat.

Unter dem Titel »La nouvelle Allemagne« behandelt Kapitel I die beiden Folgen des militärischen Zusammenbruchs vom September 1918, die November-Revolution und den Versailler Vertrag. Daß diese Revolution kein »Dolchstoß« in den Rücken eines Heeres war, das den Krieg noch hätte gewinnen können (S. 21, 195) und daß auch ökonomische Faktoren in ihr nicht allein entscheidend waren, sind Hauptgedanken dieses Abschnitts. Die alte, reformistisch orientierte Sozialdemokratie behauptete

⁶ Auch in der Verwendung verschiedener drucktechnischer Hilfsmittel (Kursiv-, Fett- und Kleindruck) knüpft CASTELLAN an die bewährte Tradition französischer geisteswissenschaftlicher Handbücher wie LAGARDE-MICHARD, CASTEX-SURER und die Bände der Collection U an.

⁷ Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, 8 Bde., 5082 S., Dietz-Verlag Berlin (Ost) 1966. Zum politischen und wissenschaftlichen Geltungsanspruch des Werkes vgl. H. WEBER, Die SED und die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Neue Politische Literatur 12 (1967), S. 451.

⁸ S. NEUMANN, Die Parteien der Weimarer Republik, 1932. Neu hrsg. u. mit einer Einführung versehen von K. D. BRACHER, Stuttgart 1965, 148 S.

ihr Ansehen bei den Massen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung, während der revolutionär-sozialistische Flügel der deutschen Arbeiterbewegung zu dieser Zeit zahlenmäßig noch wenig bedeutend war. Für den Versailler Vertrag, der zusammen mit der in Weimar verabschiedeten Verfassung die entscheidende rechtlich-politische Grundlage der Republik bildete, unterscheidet Castellan sorgfältig zwischen den materiellen und den psychologischen Folgen der Vertragsklauseln, wobei er die ersteren auf ihre richtigen Proportionen zurückführt (S. 34, 154 f., 174) und die letzteren als die viel schwerere Hypothek kennzeichnet, die sie unbestreitbar gewesen sind. In der deutschen Diskussion über die November-Revolution ist in den letzten Jahren die Frage in den Vordergrund getreten, ob es damals tatsächlich nur die Alternative zwischen »Bolschewismus« und »Weimarer System« gegeben habe oder ob nicht ein »dritter Weg« denkbar gewesen wäre, der zu einer sehr viel stärkeren Demokratisierung des Obrigkeitsstaates geführt hätte⁹. Wenn Castellan diese Diskussion mit der Feststellung ausklammert, daß es sich hier um politische Anliegen der Gegenwart handele, die den Historiker nicht betreffen, so wird man ihm hierin nicht ganz folgen können. Gewiß ist die Frage nach den wahrgenommenen und den verpaßten Chancen der Demokratie in Deutschland nach 1918 aus einer anderen politischen Situation rückblickend gestellt, sie führt aber methodisch über den früheren Forschungsstand hinaus und ist deshalb fruchtbar. Die Frage nach dem »dritten Weg« stellen, heißt die schon in zeitgenössischen Memoiren der Beteiligten vertretene, seit 1918 zur sozialdemokratischen Standardinterpretation gewordene und auch von einem guten Teil der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung aufgenommene These überprüfen, daß der Rat der Volksbeauftragten in der konkreten Situation des November 1918 vor der Alternative gestanden habe, sich entweder für »die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps«¹⁰ zu entscheiden. Anders ausgedrückt: angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse habe es für die Regierung der Volksbeauftragten praktisch überhaupt keine Alternative gegeben. Es ist die für das historische Urteil bedeutsame Frage, ob die in der Folge eingetretene Entwicklung der Weimarer Republik schon von Anfang an unausweichlich determiniert war oder ob die Ausgangslage zwar nicht uneingeschränkt, aber doch grundsätzlich offen war¹¹.

⁹ Vgl. zur November-Revolution als Forschungs- und Diskussionsgegenstand R. RÜRUP, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19, Wiesbaden 1968, 59 S.

¹⁰ ERDMANN (wie Anm. 2) S. 7.

¹¹ Die Möglichkeit eines »dritten Weges« vertritt E. MATTHIAS, Zwischen Räten und Geheimräten. Die deutsche Revolutionsregierung 1918/19, Düsseldorf 1970, S. 15, 18 f.

Kapitel II trägt die Überschrift »L'Etat républicain« und ist der Verfassung und dem Staatsaufbau gewidmet, deren eigentümlicher Kompromißcharakter in dem oft spannungsvollen Nebeneinander von repräsentativen und plebiszitären, unitarischen und föderalistischen, bürgerlich-liberalen, christlich-sozialen und sozialistisch-reformistischen Elementen (vgl. die in Art. 165 der Reichsverfassung vorgezeichnete »Wirtschaftsdemokratie« S. 61 ff.) sichtbar wurde. Daß allerdings – und darauf hat Friedrich Meinecke nachdrücklich aufmerksam gemacht – der »politisch entscheidende Umbau der staatlichen Machtfaktoren unter dem Drucke der militärisch-politischen Niederlage schon vor dem 9. November« erfolgte, während durch den 9. November »eigentlich nur noch die republikanische Staatsspitze und das Frauenwahlrecht« hinzugekommen seien¹², möchte man zu diesem Kapitel ergänzend anmerken.

Es gehört zu den Eigentümlichkeiten der Weimarer Republik, daß diejenigen Kräfte, die der neue Staat nicht für sich zu aktivieren wußte, unter den materiellen und psychologischen Bedingungen der Nachkriegsjahre zu seinen politischen Gegnern wurden. Je mehr die Bewegungs-, Aufnahme- und Regenerationsfähigkeit der demokratischen Parteien sich verminderte, je mehr sie sich aus dem öffentlichen Bewußtsein zurückzogen, desto stärker wurden die antiparlamentarischen Flügelgruppen innerhalb und außerhalb des Parlaments¹³. Kapitel III – »La vie politique« – deutet diese Entwicklung bereits in seiner Gliederung an. Wenn Castellan dabei seine Aussagen zu einem guten Teil mit Hilfe der Wahlgeographie verdeutlicht, so orientiert er sich keineswegs nur an dem von Alfred Milatz¹⁴ erarbeiteten Kartenmaterial, sondern bewegt sich zugleich auf dem vertrauten Boden der von André Siegfried bereits vor dem Ersten Weltkrieg in Frankreich begründeten Tradition.

Das IV. Kapitel über die Wirtschaft (»L'Economie«), in das weit über zwanzig statistische Übersichten und Tabellen einbezogen wurden, behandelt unter anderem die für die Weimarer Republik so wichtige Proletarisierung der Mittelschichten, die Bodenfrage und Brüning's bis heute umstrittene Deflationspolitik. Im Hintergrund der Darstellung steht die Frage, ob die harten Bedingungen des Versailler Vertrages, vor allem die

(= Separatdruck der Einleitung zu: Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 6, Düsseldorf 1969).

¹² F. MEINECKE, Die Revolution. Ursachen und Tatsachen, in: Gerhard ANSCHÜTZ / Richard THOMA, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, Tübingen 1930, S. 110.

¹³ Vgl. L. ALBERTIN, Stahlhelm und Reichsbanner, in: Neue Politische Literatur 13 (1968), S. 457 und K. D. BRACHER, Die Auflösung der Weimarer Republik, 4. Aufl. Villingen 1964, S. 128.

¹⁴ Vgl. A. MILATZ, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Heft 66), o. O. 1965.

Reparationsforderungen, den wirtschaftlichen Lebensraum der parlamentarischen Demokratie so sehr einschränkten, daß sie zwangsläufig zum Scheitern verurteilt war. Es wird deutlich, daß sich weder die Inflation von 1923 noch die wirtschaftliche Depression im Deutschland der beginnenden dreißiger Jahre mit der Belastung durch die Reparationen erklären läßt. Daß die wirtschaftlichen Krisen den Nationalsozialismus nicht erst hervorgebracht, wohl aber in seinem Aufstieg wesentlich gefördert haben, dürfte unbestritten, aber nicht allen Lesern selbstverständlich sein.

»Les Forces extra-républicaines«, denen das Kapitel V gewidmet ist, meinen die Reichswehr und die Religionsgemeinschaften. Der parlamentarischen Demokratie von Weimar, die sich – von ihrer Gründungsphase abgesehen – niemals auf die absolute Mehrheit der abgegebenen Wählerstimmen stützen konnte, standen nicht nur der Großgrundbesitz, das Großkapital und auch das Beamtentum¹⁵ distanziert, wenn nicht sogar feindlich gegenüber; auch in den Streitkräften und in den Kirchen fand der republikanische Staat keine Stütze. Das Verhältnis der bewaffneten Macht zum Staat während der Weimarer Zeit war und blieb problematisch, weil – seit dem Pakt zwischen Ebert und Groener vom November 1918 – die Streitkräfte der politischen Führung nur formal untergeordnet waren. In der Praxis entwickelte sich die Armee zu einem »Staat im Staate«, in dem Sinn, daß zwar die Chefs der Heeresleitung einen Einfluß auf die politische Führung ausübten, aber sich selbst und die Streitkräfte dem Einfluß der politischen Führung entzogen. Die Loyalität der Armee gegenüber dem Staat, die an die Stelle der früheren Loyalität gegenüber dem Kaiser als dem obersten Kriegsherrn getreten war, läßt sich weder in ein klares Ja noch in ein klares Nein zur Republik fassen. Entscheidend war das Ziel, dem Heer eine Stellung außerhalb der politischen Kräfte, vor allem außerhalb der politischen Parteien, zu erhalten. Es ist nur scheinbar ein Widerspruch, daß die Reichswehr gerade deshalb den Einflüssen des Nationalsozialismus zugänglich wurde. In der sich anschließenden Darstellung der Religionsgemeinschaften erscheint der eigene Abschnitt über das Judentum bemerkenswert, dessen Organisationsformen, innere Entwicklung und Verhältnis zu den politischen Parteien nachgezeichnet werden. Castellan gelangt dabei zu dem Schluß, daß auch in der jüngeren Generation des Judentums ein Radikalisierungsprozeß einsetzte, in dessen Verlauf sie entweder im Kommunismus oder im Zionismus eine Antwort auf den Antisemitismus der deutschen Rechten suchte.

¹⁵ Das problematische Verhältnis der 1918 für die Republik unentbehrlichen Beamtenschaft zu eben dieser Republik während ihrer vierzehn Jahre bleibt unangemessen blaß. Vgl. dazu W. RUNGE, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933. Stuttgart 1965.

Die zunächst etwas überraschende Bezeichnung des Kapitels VI – »Les Idéologies« – begründet Castellan mit dem Fehlen einer wissenschaftlichen Untersuchung über die deutsche Kultur. Er beschränkt sich deshalb auf eine Analyse der wesentlichen Einrichtungen, die herkömmlicherweise als Träger von Ideologien angesehen werden: das Unterrichtswesen, die Jugendorganisationen, die Presse sowie die politischen und künstlerischen Ausdrucksformen des geistigen und kulturellen Lebens. Dem Überblick über das dem französischen Leser zumeist wenig vertraute deutsche Unterrichtswesen folgt eine Analyse des hart geführten Kampfes um das Reichschulgesetz, das jahrelang im Mittelpunkt des partei- und kulturpolitischen Tauziehens stand. Die politisch folgenreiche Umgruppierung und Konzentration im Pressewesen, der Einsatz der neuen Medien von Rundfunk und Film als politische Instrumente, das Ringen zwischen den verschiedenen, ihren Ursprüngen im 19. Jahrhundert verhafteten und dem sozialen Wandel nicht angepaßten Ideologien, ihre Einflüsse auf die Bereiche von Literatur und Kunst – alle diese Elemente vermitteln das facettenreiche und spannungsvolle Bild einer Gesellschaft, in der der Konsensus über die gemeinsamen Grundlagen ständig geringer wurde und in der die verschiedenen, verfeindeten Gruppen letztlich nur noch ein falsches Bewußtsein gemeinsam hatten: eben jene Ideologien, mit denen sich jede Gruppe von der anderen abkapselte¹⁶.

Kapitel VII mit dem Titel »La République et les Puissances« untersucht das außenpolitische Handeln der Weimarer Republik. Wenn sich auch die Geschichte ihrer internationalen Beziehungen in drei Phasen einteilen läßt, die sich um die Daten 1925 (Locarno) und 1930 (Young-Plan) ordnen, so darf dies nicht die Kontinuität der deutschen Außenpolitik während der vierzehn Jahre der Republik verdecken. Diese Außenpolitik war – wie Castellan hervorhebt – im wesentlichen eine Funktion des Versailler Vertrages. Alle Parteien von den Sozialdemokraten bis zu den Nationalsozialisten waren sich trotz unterschiedlicher Taktiken darin einig, daß der Vertrag revidiert werden müsse. Die Wirkung der Revisionsdebatten lag aber vor allem darin, daß die leidenschaftliche Polemik um die Vertragsklauseln sich nicht so sehr nach außen, d. h. gegen die Siegermächte richtete, sondern in erster Linie nach innen, gegen die parteipolitischen Gegner und so die inneren Spannungen vergrößerte (S. 302, 354 f.).

Im Kapitel VIII, das mit »La Crise finale de la République« überschrieben ist, kommt zutreffend zum Ausdruck, daß die Gleichzeitigkeit des beschleunigten inneren Verfalls und der von außen einwirkenden Weltwirtschaftskrise nicht dazu verleiten darf, die Auflösung der Republik

¹⁶ Vgl. R. KÖNIG, Zur Soziologie der zwanziger Jahre, in: Die Zeit ohne Eigenschaften. Eine Bilanz der zwanziger Jahre, hrsg. von L. REINISCH, Stuttgart 1961, S. 117.

monokausal mit ökonomischen Ursachen zu erklären. Hitler und die ihn stützenden Kräfte konnten mit der Machtergreifung der Republik den Todesstoß versetzen, weil ein guter Teil ihrer berufenen Verteidiger diesen Staat in selbstmörderischer Weise aufgegeben hatte. Daß der Entwicklungsprozeß auf diese Weise abgeschlossen wurde, war einer Mehrzahl von strukturellen und personellen Faktoren zuzuschreiben: »La chute du régime de Weimar est un phénomène spécifique et multifactoriel.« (S. 371)

Von den Hand- und Lehrbüchern, die in der Bundesrepublik zum gleichen Gegenstand erschienen sind, ist nur das von Karlheinz Dederke in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte in München verfaßte Studienbuch für die Oberstufe an höheren Schulen¹⁷ dem Handbuch von Castellan einigermaßen vergleichbar. Die Arbeit von Dederke ist kaum weniger differenziert aufgebaut, berücksichtigt im gleichen Umfang die sozio-ökonomische Dimension und behandelt auch die noch immer etwas heikle Frage nach der Rolle des Judentums in der Weimarer Republik. Was die Periodisierung betrifft, so bleibt es eine methodische und wohl nicht endgültig zu beantwortende Frage, ob eine Geschichtsschreibung der Weimarer Republik mit dem Jahr 1917 einsetzen sollte, wie dies bei Dederke und der in der DDR erschienenen Darstellung von Wolfgang Ruge¹⁸ der Fall ist, oder ob man wie Castellan und früher Albert Schwarz¹⁹ mit der November-Revolution beginnt und dann bei der Erörterung der einzelnen Sachverhalte jeweils einen Rückblick gibt. Was die Bewertung des Weimarer Staates in den außerhalb der Bundesrepublik entstandenen Arbeiten angeht, so wäre zu sagen, daß Castellans Buch zwar von marxistischem Geschichtsdanken nicht ganz unbeeinflusst, zugleich aber doch weit entfernt ist von der marxistisch-leninistischen Geschichtstheorie der DDR-Historiker²⁰. Castellans »L'Allemagne de Weimar« stellt ein fachwissenschaftlich und didaktisch wertvolles und anregendes Arbeitsinstrument dar, das geeignet ist, dem französischen Studenten – und nicht nur ihm – eine vertiefte Kenntnis der Probleme des Nachbarlandes zu vermitteln. Berücksichtigt man außerdem, daß die politische Entwicklung in Deutschland seit 1945 und in der Bundesrepublik seit 1949 weitgehend von Verfassungselementen und Verhaltensweisen bestimmt wird, die entweder be-

¹⁷ K. DEDERKE, Reich und Republik. Deutschland 1917–1933. In Verbindung mit dem Institut für Zeitgeschichte München (Klett Studienbücher). Stuttgart 1969, 316 S.

¹⁸ Vgl. W. RUGE, Deutschland 1917–1933 (Lehrbuch der deutschen Geschichte, Beiträge Nr. 10) Berlin (Ost) 1967, 535 S.

¹⁹ A. SCHWARZ, Die Weimarer Republik, in: Leo JUST, Handbuch der deutschen Geschichte Bd. IV Abschnitt III, Konstanz 1958, 232 S. und die rev. Neuausg. Frankfurt a. M. 1968, 244 S.

²⁰ Vgl. dazu früher R. BECK, Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1965, 367 S. sowie WEBER (wie Anm. 7) S. 449 ff.

wußt an Weimar anknüpfen oder aber – als Antwort auf die negativen Erfahrungen von Weimar – bewußt anders gestaltet wurden, dann wird deutlich, daß Castellans Buch auch zum besseren Verständnis der deutschen, das Ausland von Zeit zu Zeit beunruhigenden Nachkriegsentwicklung beitragen kann.

Reinhard SCHIFFERS, Mannheim

Beat GLAUS, *Die Nationale Front. Eine Schweizer faschistische Bewegung 1930–1940*. Zürich/Einsiedeln/Köln (Benzinger) 1969, 504 S., 8°.

Das Interesse der zeitgeschichtlichen und politikwissenschaftlichen Forschung an der Schweiz und ihren innenpolitischen Kräfteverhältnissen hat mehrere Gründe. Wegen ihrer Kleinheit und Vielfalt sowie von ihrem Verfassungsaufbau her hat die Schweiz als »Kontrastphänomen«¹ zu den Regierungsformen der Großstaaten die Forschung immer wieder zu vergleichenden Studien gereizt². Daneben wurde auch die Rolle der Schweiz als einer Wegbereiterin der Demokratisierung gewürdigt³. Das dem eidgenössischen Staatswesen solchermaßen zuerkannte Verdienst wurde vielfach und wird noch gelegentlich durch einen ideologischen Anspruch überhöht, der die helvetischen Institutionen als einzigartig und vorbildlich für jede demokratische Ordnung schlechthin darstellt⁴. Gestützt wurde diese Ideologie durch eine mehr oder minder zutreffende Rückbesinnung auf die Geschichte des Landes: so auf den legendären Rütlichwur⁵, auf die jahrhundertealten Landsgemeinden der Innerschweiz⁶ oder auf die oft gerühmte Einheit in der sprachlichen, konfessionellen und kulturellen Viel-

¹ G. LEHMBRUCH, Konkordanzdemokratie im politischen System der Schweiz, in: *Neue Politische Literatur* 13 (1968), S. 443.

² Das gilt insbesondere für die vergleichende Regierungslehre, aber beispielsweise auch für die deutschen Verfassungsberatungen der Jahre 1918/19; vgl. R. SCHIFFERS, *Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem*, Düsseldorf 1971, S. 42 ff., 91 ff., 130 ff.

³ In Deutschland läßt sich die gedankliche Auseinandersetzung mit der Schweizer Demokratie bis in die Jahre 1847/48 zurückverfolgen; vgl. W. NÄF, *Die Schweiz in der deutschen Revolution*, Frauenfeld/Leipzig 1929, S. 91 ff., 106 ff.

⁴ LEHMBRUCH (wie Anm. 1).

⁵ Vgl. J. KIMCHE, *General Guisans Zweifrontenkrieg. Die Schweiz zwischen 1939 und 1945*, Frankfurt/Berlin 1967, S. 73, 76 ff. Weitere Beispiele für historisierende Rückgriffe finden sich bei A. MEYER, *Anpassung oder Widerstand? Die Schweiz zur Zeit des deutschen Nationalsozialismus*, Frauenfeld 1965, S. 152, 175.

⁶ Als Beispiel für die Ideologisierung der Landsgemeinde vgl. G. THÜRER, *Unsere Landsgemeinden*, Erlenbach/Zürich 1950. Sachlich-kritisch beurteilt wird diese Institution in: *Die Urkantone im Spannungsfeld der Gegenwart*, NZZ-Schriften zur Zeit Nr. 16, Zürich 1970, S. 137 ff., 158 ff.